

Laurahütte-Siemianowiker Zeitung

Erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Zloty. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.



Einzige älteste und gelesenste Zeitung von Laurahütte-Siemianowik mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.



Anzeigenpreise: Die 8-gespaltene mm-Zl. für Polnisch-Oberschl. 12 Gr., für Polen 15 Gr.; die 3-gespaltene mm-Zl. im Reklameteil für Polnisch-Oberschl. 30 Gr., für Polen 30 Gr. Bei gerichtl. Beibringung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen.

Geschäftsstelle: Siemianowice (Slaskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2
Fernsprecher Nr. 501

Nr. 144

Sonntag, den 18. September 1932

50. Jahrgang

Was die Woche brachte

Die Not hat das Verlangen erstarren lassen, einen Preisausgleich herbeizuführen. Aus den anfangs vereinzelt Stimmen ist nun ein ganzer Chor geworden, dem auch die Regierung nicht widerstehen kann. Das Bestreben läuft darauf hinaus, den Preisabbau zu erleichtern und zu beschleunigen. Man sagt sich, daß wir zweierlei Preise haben: freie und geschützte oder privilegierte, wobei man unter den letzteren die Preise der Kartelle und Monopole versteht. Die freien Preise sind seit langem schon gesunken, die privilegierten haben sich mehr oder weniger auf der alten Höhe gehalten. Es leuchtet nun ohne weiteres ein, daß ein Ausgleich erfolgen muß, und daß durch den Ausgleich auch eine wesentliche Erleichterung der allgemeinen Wirtschaftslage eintreten wird. Da sich die freien Preise nicht heben lassen, müssen die privilegierten herabgesetzt werden. Der Warenumfang, der jetzt durch die Kartell- und Monopolpreise stark gehemmt ist, wird sich dann wieder beleben. Die größte Tat auf diesem Gebiete, soweit die Regierung in Betracht kommt, waren die Dekrete für die Landwirtschaft, durch die, wenigstens in diesem Zweige, eine Preisangleichung ermöglicht wurde. Die nächste Tat müssen Senkungen der privilegierten Preise sein. Selbstverständlich darf es nicht nur zu Versprechungen kommen oder zu irgendeinem faulen Kompromiß. Eine geringe Senkung der Kartellpreise wäre nur ein Akt von symbolischer Bedeutung. Der Prozentsatz des Abbaus muß sich nach dem Prozentsatz des Niveaus der freien Preise richten.

Die Landwirtschaft hat unter der gegenwärtigen Lage schwer gelitten, was sich auch darin ausdrückt, daß sie das Vertrauen auf eine Hilfe von Warschau ziemlich verloren hat und sich wieder mehr ihrem alten Führer Witos zuwendet. Die Popularität von Witos ist in stetem Wachsen begriffen, was die von ihm abgehaltenen Bauernversammlungen beweisen. Die Bauernpartei führt seit einigen Monaten geradezu einen Propagandafeldzug auf dem Lande durch und ihre Erfolge sind nicht gering. Die Führer werden streng überwacht, so daß sie es nicht wagen dürfen, aufrührerische Reden zu halten. Dennoch ist der Zulauf groß. Auch die Unruhen der Bauern, wie sie vor einigen Wochen in Klempolen stattfanden, und der Streik der Landwirte um Warschau in den letzten Tagen, wo keine Lebensmittel auf die Märkte der Hauptstadt gebracht wurden, zeigen, daß der Bauer unzufrieden ist und nicht mehr länger warten will.

Im deutschen Nachbarlande hat die Woche eine wichtige Neuigkeit gebracht: die Auflösung des Reichstages. Nach der Lage im Reich konnte man kein anderes Ende erwarten. Dennoch kam die Auflösung unerwartet. Man hatte gehofft, daß durch die Verhandlungen der Nationalsozialisten mit dem Zentrum doch ein Ausweg gefunden würde und eine arbeitsfähige Mehrheit zustande käme, die, wenn auch nur durch eine Zeit hindurch, den Reichstag am Leben erhalten würde. Die Neuwahlen sind noch nicht ausgeschrieben, doch rechnet man mit dem 6. November als frühestem Termin.

Für die Regierung ist die Auflösung eine Art Erleichterung, da sie sich nunmehr mit der Frage der deutschen Gleichberechtigung befassen kann. Die französische Antwort auf die deutschen Vorschläge ist negativ ausgefallen. Allerdings nicht so, wie man sie befürchtete. Das kategorische Nein ist nicht zustande gekommen. Man hat in Paris dem Anscheine nach doch nicht den Mut aufgebracht zu sagen, was man gerne gesagt hätte. Daher ist die Antwort, die von der deutschen Regierung übermittelt wurde, so ausgefallen, daß sie einerseits das Nein enthält, andererseits aber doch die Tür für weitere Verhandlungen offen läßt. Darin allein liegt schon ein Vorteil. Frankreich wäre durch seine Anhängigkeit in eine schwere Lage gekommen. Ist doch ein großer Teil der Neutralen von der Richtigkeit der deutschen Forderungen überzeugt und stehen doch auch die Regierungen in London und Washington nicht gerade auf der französischen Seite. Sicher ist auch die Haltung Mussolinis nicht ohne Einfluß gewesen. Italien hat sich von allem Anfang an auf die deutsche Seite gestellt. Für Frankreich blieb unter diesen Umständen nichts anderes übrig als die Faust im Sack zu halten und seine Ablehnung höflich zu halten. Auffallend ist die juristische Spitzfindigkeit, mit der Frankreich operiert. Die Note stellt fest, daß eine deutsche Aufrüstung doch keine Aufrüstung sei. Mit der Aufrüstung befaßt sich die Abrüstungskonferenz, die Aufrüstung gehört in die Kompetenz des Völkerbundes. Wahrscheinlich hofft die franz. Regierung, daß es ihr in Genf leichter fallen wird, die einzelnen Staaten auf ihre Seite zu ziehen und den deutschen Stoß zu parieren. Vorläufig will sie, das zeigt schon der Hinweis auf den Völkerbund, die Sache verwickeln. Ein schlaues Manöver, das wahrscheinlich daran scheitern wird, daß Deutschland nicht nach Genf gehen und seinen Anteil mehr an der Abrüstungskonferenz nehmen wird. Dieser Entschluß der deutschen Regierung hat auf die anderen Nationen einen starken Eindruck gemacht. In Paris sucht man die Dinge so hinzustellen, als ob die Abwesenheit des Reiches auf die Konferenz von keinem weiteren Einfluß wäre. Dem widerspricht schon das Verhalten des Leiters Henderson, der erst vor zwei Tagen auf die ernste Lage hinwies und seiner Hoffnung Ausdruck gab,

Deutschlands Absage an Genf

Der Brief an Henderson — Erst Gleichberechtigung dann Teilnahme — Keine ausreichende Abrüstung

Genf. Das Schreiben der Reichsregierung an den Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Henderson, das am Freitag im Generalsekretariat des Völkerbundes übergeben worden ist und in dem die deutsche Regierung ihr Fernbleiben von der Bürokratie der Abrüstungskonferenz am 21. September antündigt, hat folgenden Wortlaut:

„Berlin, den 14. September 1932. Herr Präsident! Im Namen der deutschen Regierung beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen: In den Verhandlungen der Generalkommission, die der Annahme der Entschliessung vom 23. Juli d. Js. vorausgingen, hat der Führer der deutschen Delegation die Gründe dargelegt,

aus denen die deutsche Regierung diese Resolution ablehnen mußte.

Er hat dabei ausgeführt, daß nach dem Stande der Konferenzverhandlungen die Frage der Gleichberechtigung der entwaffneten Staaten

nicht mehr länger ohne Lösung bleiben dürfe.

Dementsprechend hat er bei diesem Anlaß die Erklärung abgegeben, daß sich die deutsche Regierung an den weiteren Arbeiten der Konferenz nicht beteiligen könne, bevor eine befriedigende Klärung der Frage der Gleichberechtigung Deutschlands erfolgt sei.

Nachdem die Entschliessung gleichwohl zur Annahme gelangt ist, steht jetzt schon fest,

daß die künftige Abrüstungskonvention weit hinter dem Entwaffnungsregime des Versailler Vertrages zurückbleibt und daß sie sich von diesem hinsichtlich der Art und Weise der Abrüstung wesentlich unterscheiden wird.

Damit ist die Frage unmittelbar aktuell geworden, wie es mit der Anwendung des künftigen Regimes auf Deutschland werden soll. Es liegt auf der Hand, daß ohne Beantwortung dieser

Frage eine Regelung der einzelnen konkreten Punkte des Abrüstungsproblems nicht möglich ist.

Nach Ansicht der deutschen Regierung kann nur eine Lösung in Betracht kommen, die Lösung nämlich, daß alle Staaten in Bezug auf die Abrüstung denselben Regeln und Grundsätzen unterworfen werden, und daß für keinen Staat ein diskriminierendes Ausnahmeregime gilt. Es kann Deutschland nicht zugemutet werden, an den Verhandlungen über die in der Konvention festzulegenden Abrüstungsmaßnahmen teilzunehmen, solange nicht feststeht, daß die gefundenen Lösungen auch auf Deutschland Anwendung finden sollen.

Um diese Voraussetzung für ihre weitere Mitarbeit in der Konferenz so schnell wie möglich zu verwirklichen, hat sich die deutsche Regierung inzwischen bemüht, eine Klärung der Frage der Gleichberechtigung auf diplomatischem Wege herbeizuführen.

Leider muß festgestellt werden, daß die deutschen Bemühungen bisher zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt haben.

Unter diesen Umständen sehe ich mich zu meinem Bedauern genötigt, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß die deutsche Regierung der Einladung zu der am 21. September beginnenden Tagung des Büros der Konferenz nicht Folge leisten kann.

Die deutsche Regierung ist nach wie vor der Überzeugung, daß eine radikale Durchführung der allgemeinen Abrüstung im Interesse der Sicherung des Friedens dringend geboten ist. Sie wird die Arbeiten der Konferenz mit Interesse verfolgen und sich je nach ihrem Verlauf über ihr weiteres Verhalten schlüssig werden.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

gez. Freiherr von Neurath.

Wieder Kriegsgefahr im Fernen Osten

Große Erregung der chinesischen Bevölkerung — Japanische Truppensammlungen

Nanking. Die nach der Anerkennung der Mandschurei durch Japan ausgebrochene Spannung nimmt immer schärfere Formen an. Die chinesische Zentralregierung hat ihren Bevollmächtigten in Genf angewiesen, dem Völkerbund eine neue Note zu übermitteln, in der angeführt der Gefahrung des Friedens die Einberufung einer Sondertagung des Völkerbundes zur Beratung des mandschurischen Problems gefordert wird. In der Note wird ausgeführt, daß Japan sowohl gegen die Völkerbundsabmachungen wie gegen die internationalen Verträge verstoßen habe.

Auch die chinesische Volksbewegung gegen Japan dehnt sich weiter aus. Die schanghai Handeisammern und wirtschaftlichen Verbände fordern in einer Sondereingabe an die Zentralregierung den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Japan, während die Gewerkschaften die sofortige Mobilisierung und die Einleitung einer militärischen Strafaktion gegen die Mandschurei verlangen. — Einer japanischen Agentenmeldung zufolge sind die japanischen Behörden in der Mandschurei angewiesen worden, die Abschiebung aller Waffen von der Bevölkerung der Mandschurei zu verlangen. Der Stab der japanischen Kwantung-Armee ist nach der mandschurischen Hauptstadt Tschangtschun verlegt worden.

Schanghai. Im Zusammenhang mit der Verstärkung der japanischen Truppen in Nanking hat sich dort die Lage bedeutend zugespitzt. Der Außenminister Lowontan erklärte, er sei mit den japanischen Militär-

behörden dahin übereingekommen, chinesische Militärpatrouillen auszulassen, damit etwaige Zusammenstöße mit den Japanern verhindert (?) würden. Der japanische Oberbefehlshaber machte darauf aufmerksam, daß bei dem ersten Zusammenstoß oder Angriff auf die japanischen Truppen oder die Bevölkerung Truppen gelandet würden. Mehrere japanische Geschäfte und Banken erhielten besondere Marinewachen, die mit Maschinengewehren ausgerüstet sind.

Der Inhalt des japanisch-mandschurischen Protokolls

London. In dem vor der japanischen Botschaft in London veröffentlichten Protokoll, das am Donnerstag in Tschangtschun unterzeichnet wurde, wird zunächst von Japan die Anerkennung „Mandschukuo“ ausgesprochen, das sich in Uebereinstimmung mit dem freien Willen seiner Einwohner zu einem selbständigen Staate gemacht habe. In der ersten der dann folgenden Vertragsklauseln verpflichtet sich Mandschukuo zur Bestätigung und Innehaltung aller auf frühere bestehende chinesisch-japanische Abkommen begründeten japanischen Rechte in der Mandschurei. Die zweite Klausel erwähnt die Zusammenarbeit Japans und der Mandschurei für die Aufrechterhaltung der nationalen Sicherheit und Bestätigung, daß die zur Erfüllung ihres Zweckes notwendigen japanischen Truppen in der Mandschurei stationiert werden sollen.

Tokio feiert

Tokio. Die Unterzeichnung des mandschurisch-japanischen Vertrages gab in Tokio Anlaß zu großen Feierlichkeiten. Ein Zug von etwa 30 000 Mitgliedern militärischer und patriotischer Verbände zog am Kriegerdenkmal und dem Kriegsministerium unter Entfaltung der japanischen und mandschurischen Flagge vorüber.

Wie verlautet, wird die Mandschurei demnächst ihren ersten diplomatischen Vertreter in Tokio ernennen.

Gefangenen-Austausch Rußland-Polen

Warschau. An dem polnisch-sowjetrussischen Grenzbahnhof Baranowicze wurden 40 polnische politische Gefangene gegen die gleiche Anzahl in Polen festgehaltenen kommunisten ausgetauscht. Unter den von Polen ausgelieferten Personen befinden sich einige ehemalige kommunistische Abgeordnete, während unter den von Rußland freigelassenen Gefangenen viele katholische Priester sind.

daß die Regierungen doch noch ein Mittel finden würden, um die Konferenz nicht zu gefährden.

In diesem Zusammenhang ist auch das Verhalten der amerikanischen Regierung interessant, die vor wenigen Tagen bei der Gedenkfeier der französisch-amerikanischen Waffenbrüderschaft durch ihren Pariser Botschafter vertreten war. Der Botschafter hielt eine Rede, in der er sich für die französisch-amerikanische Freundschaft allzu begeistert einsetzte. Der Erfolg war, daß man in Amerika sich genötigt sah, die Begeisterung zu dämpfen. Es hieß da plötzlich, der Außenminister habe die Rede des Botschafters vorher nicht gelesen. Frankreich hat sich wohl auch dadurch belehren lassen und sich bei der Antwort an Deutschland aus derlei Erfahrungen und Rücksichten heraus im Ton gemäßigt und bemüht, die Brüden nicht abubrechen. Für die Gleichberechtigungsangelegenheit ist die Antwort jedenfalls ein kleiner Erfolg: sie steht jetzt auf der Tagesordnung und kann nicht mehr abgesetzt werden. —If.

